



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 9886990

P/XIII/136 - 21. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Anocklauf gegen die Verfassung Zu einem Artikel des "Rheinischen Merkur"	47
2 - 3	Eine Regierung gibt Auskunft Zwei Jahre Nordrhein-Westfalen mit Fritz Steinhoff	100
4	Chruschtschow warf ein Dogma über Bord Pflichtablieferung der Kolchosen wurde abgeschafft	50
5 - 6	Folgen der kopflosen Aufrüstung Die Zustände im größten Lazarett der Landeswehr in Koblenz	61

* * * * *
* * * * *

Anoklauf gegen die Verfassung

sp - Was die CDU offiziell nicht zu sagen wagt, schreibt der Flügelmann des Bundeskanzlers, Herr P.W. Wenger, im "Rheinischen Merkur". Des Beifalles eines CDU-Parteitages gewiss, exerzierte Herr Wenger vor kurzem das abendländische Rezept der Aufteilung Europas und Deutschlands. Jetzt ist die Verfassung der Bundesrepublik dran. Sie ist erstarrt, meint Herr Wenger und schlägt, sich harrlos gebend, das Beispiel Frankreich als nachahmenswert vor. Dieses Beispiel enthält für ihn - wie sinnig! - "ohne Aufforderung zur mechanischen Kopie" interessante Anregungen. Danach soll - immer eicke Beispiel Frankreich - ein zweites Parlament aus Vertretern der Gemeinden, der Berufsorganisationen und der Gewerkschaften die Demokratie festigen. Durch Verstärkung der Korporationsrechte des Richterstandes soll die Herauslösung der Richterschaft "aus der parteipolitischen Exekutive" erreicht werden. Im ganzen soll durch eine Aktivierung berufsständischer Elemente der Staat von dem erstickenden Monopol der Parteipolitik befreit werden ... Das ist der Ständestaat portugiesischer Prägung in Reinkultur.

Die ganze abendländische Akademie mit ihrem ultramontanen Hintergrund, projiziert auf die Leinwand eines provisorischen halben Deutschland, erlebt hier fröhliche Urständ. Und damit es jeder merkt, wer den Film in Bewegung bringen soll, heisst es dann auch noch bei Wenger, "vor allem die CDU sollte darüber nachdenken, was das bedeutet, dass im Ursprungsland des Jakobinismus der parteipolitischen Ausuferung der Demokratie der Abschied erteilt worden ist".

An einer anderen Stelle der gleichen Ausgabe des "Rheinischen Merkur" untermalt Herr P.W. Wenger dann noch die Aufforderung zum Putsch der Bundestagsmehrheit gegen die Verfassung mit einer Glosse über die letzte Bundestagsitzung, in der Bundesinnenminister Dr. Schröder aktenblättern Sozialdemokraten und Kommunisten auf eine Ebene zu stellen versuchte. Was sich daran anschloss, die berechtigte Empörung und Abwehr der SPD, nennt Herr Wenger "selbstvernichtende Raserei", womit er das ganze Parlament meint und hinzufügt, "sein Ende war Selbstmord".

Wir wissen, dass Herr Wenger in der CDU nicht isoliert ist. Justizminister Schäffer manipuliert im Wahlkampf Nordrhein-Westfalen auch mit der Verfassungsgänderung und benutzt hierfür in einer seltsamen Querverbindung von Kindesmord und Hochverrat die populär klingende Forderung nach Einführung der Todesstrafe. Das ist weniger kompliziert als die staatsrechtlichen Ausflüge Herrn Wengers in das "Beispiel Frankreich". Es zielt aber in die gleiche Richtung. Die Verfassung soll geändert werden, damit die abendländische Akademie der Staat im halben Deutschland errichten kann, der ihr passt.

Der Anoklauf des Herrn Wenger gegen die deutsche Einheit genügt dazu nicht; er wird jetzt erweitert auf die intellektualisierende Anhöhlung der Verfassung, damit - historisch gesehen - der bereits angekündigte "Selbstmord des Parlaments" später auch einmal als perfekter Mord bezeichnet werden kann.

Eine Regierung gibt Auskunft

G.B. "In einer Demokratie muss jeder interessierte Bürger die Möglichkeit haben, Einblick in den Ablauf der Regierungstätigkeit zu gewinnen". Dieser Satz aus dem Geleitwort von Ministerpräsident Fritz Steinhoff zu dem jetzt erschienenen Handbuch "Nordrhein-Westfalen" kennzeichnet die Aufgabe, die sich die Landesregierung mit der Herausgabe des Handbuches gestellt hat. Die Mitwirkung des Staatsbürgers soll sich nicht im Gang zur Wahlurne alle vier Jahre erschöpfen; er hat auch ein Recht auf Information. In dem ansprechenden grünen Bändchen, das in alphabetischer Reihenfolge über alle Aufgabengebiete des öffentlichen Lebens Auskunft gibt, findet er einen Rechenschaftsbericht, dessen sich die Regierung Steinhoff nicht zu schämen braucht.

Volksbildung an der Spitze

Nehmen wir nur das Gebiet der Volksbildung aus der Fülle der Angaben heraus. Im Jahre 1955 betragen die Ausgaben für wissenschaftliche Bibliotheken, Volksbüchereien und die Bibliotheken der Kirchen und freien Vereinigungen noch 470 000 DM. Sie stiegen im Jahre 1957 auf 700 000 DM. Auch der Etat für die Erwachsenenbildung ist in den letzten Jahren um 656 000 DM erhöht worden, der Landeszuschuss sieht für das laufende Jahr über zwei Millionen Mark für Volkshochschulen und Volksbildungseinrichtungen vor. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Betreuung der gerade in einem Industriegebiet wie Nordrhein-Westfalen so wichtiger Fachschulen. Für die Staatlichen Ingenieurschulen für Maschinenwesen z.B. stiegen die Ausgaben von drei Millionen im Jahre 1955 auf fast elf Millionen im Jahre 1958. Einen wesentlichen Posten nimmt dabei die Anpassung der Einrichtungen dieser Ingenieurschulen an den modernsten Stand der Technik ein. Die Klassenzahl wurde wesentlich erhöht, es gibt heute im Maschinenwesen rund 1800 Studienplätze mehr als 1956.

Ein besonderes Sorgenkind der Regierung Steinhoff sind die Schulen. Noch im Mai vergangenen Jahres waren über 5700 Klassen in allen Schularten mit Schichtunterricht belegt, d.h. es fehlten insgesamt 2895 Klassenräume, daher sieht das Schulbauprogramm 1958 rund 300 Millionen Mark für den Schulbau vor. Zwar wird auch mit dieser Summe der Schichtunterricht nicht völlig beseitigt werden können, weil sie auch für Neubauten verwendet werden muss. Die Pläne der Landesregierung lassen jedoch hoffen, dass unsere Kinder in kürzester Frist von den Unannehmlichkeiten des Schichtunterrichts befreit sein werden. Übrigens kommen bei dieser Fürsorge auch die Privatschulen nicht zu kurz, die Mittel für die konfessionellen Privatschulen haben sich in den letzten Jahren um über zwei Millionen DM erhöht.

Die Förderung der Studenten liegt der Landesregierung besonders am Herzen: Das Land Nordrhein-Westfalen war massgeblich an der Vorbereitung des "Hornfefer Förderungsmodells" beteiligt, das schon im Sommersemester 1957 im vollen Umfang durchgeführt wurde. Daneben gilt auch dem sogenannten "zweiten Bildungsweg" besonderes Augenmerk, der begabten Werkstätigen den Zugang zur Hochschule eröffnet. Durch einen Erlass hat die Regierung Steinhoff auch solchen Menschen die Möglichkeit zum Studium gegeben, denen zwar "Schule und Leben die Reife zugesprochen haben", denen aber aus finanziellen Gründen eine akademische Bildung verschlossen blieb.

Grosse soziale Leistungen

Auf sozialem Gebiet weiss das Handbuch einige erfreuliche Ergebnisse der Regierungstätigkeit in den letzten zwei Jahren zu vermelden. Da Nordrhein-Westfalen einen sehr hohen Prozentsatz an Sowjetzonenflüchtlings- und Aussiedlern aufzunehmen hat, stellt die Flüchtlingshilfe einen wichtigen Posten im Haushalt dar. Im Jahre 1957 waren 700 000 Mark für Darlehen und 300 000 Mark für Zuschüsse zur wirtschaftlichen Eingliederung von Flüchtlingen eingesetzt. Die Flüchtlingsiedlung Espelkamp, die Vertriebenen eine neue Heimat gibt, zählt heute 8500 Einwohner. 2800 Menschen sind in ihren 32 Industriebetrieben beschäftigt, für die die Zuschüsse des Arbeits- und Sozialministeriums im Jahre 1957 die runde Summe von 6 Millionen DM erreicht haben. Da der Flüchtlingsstrom nach wie vor anhält, mussten auch die Zuwendungen an die Lager erhöht werden (1955 waren es 800 DM jährlich je Platz, 1957 1200 DM je Platz). Verbessert wurden auch die Hilfen für Blinde, für die Familien (Elternbildung und Mütterschulung), für Berliner Kinder, für das Grenzland und schliesslich auch für Krankenhäuser und Heime. Erstmals wurden im Jahre 1956 Weihnachtbeihilfen an Bedürftige gewährt, für die das Land jährlich 9 Millionen DM bereitstellt.

Ein wichtiges Kapitel ist die Jugendfürsorge, für die das Land ständig höhere Haushaltsmittel bewilligt. Sie kommen der Ausbildung von Sozialarbeitern zugute, sie werden für die Modernisierung von Erziehungsheimen und für die Jugendgesundheitspflege verwendet. Eine Million Mark sieht der Haushaltsplan 1958 allein für Kinder- und Jugendspielplätze vor - im Ruhrgebiet ein besonders wichtiges Anliegen.

Wirtschaftliche Förderung

Auf wirtschaftlichem Gebiet reichen die Förderungsmassnahmen von dörflichen Gemeinschaftsanlagen bis zur Elektrifizierung der Bundesbahn, von der Weiterführung der Autobahnen bis zur Moorlandkultivierung. Interessant ist es auch, die Entwicklung im Wohnungsbau zu verfolgen. Von 25 Millionen DM im Jahre 1955 stiegen die Beihilfen bei fehlendem Eigenkapital auf 60 Millionen im Jahre 1957. Dabei sind die Städteplaner in der Regierung bestrebt, von der "uferlosen und versteinerten Stadt" zu überschaubaren Bereichen von menschlichem Mass und menschlicher Atmosphäre zurückzukehren. Im Frühjahr 1957 wurde angeordnet, dass 60 v. H. aller neuer Wohnungen für Wohnungssuchende mit geringem Einkommen bereitgestellt werden.

Durch ihre Verträge mit den Kirchen hat es die Regierung Steinhoff verstanden, eine gute Atmosphäre im konfessionellen Bereich zu schaffen. Auch hier drückt sich das freundschaftliche Verhältnis nicht zuletzt in den Summen aus, die als Zuschüsse für den Wiederaufbau von zerstörten Kirchen und Heimen gezahlt werden.

Hinter diesen vielen nüchternen Zahlen verbergen sich die Ergebnisse einer zweijährigen Regierungstätigkeit, die im Mittelpunkt den schaffenden Menschen, seine Sorgen und Nöte sieht. Diese zum Teil von Krieg und Nachkrieg herrührenden Nöte zu lindern und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in industriellen Herzen Deutschlands zu verbessern, ist das Anliegen der Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Ihr Handbuch legt dafür einen eindeutigen Beweis ab.

Chruschtschow warf ein Dogma über Bord

R.M. Die Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die in dieser Woche gefasst wurden, werfen alle bisher gültigen kommunistischen Theorien der Kolchosenwirtschaft über den Haufen. Die Pflichtablieferung der Kolchosen für landwirtschaftliche Produkte wurde abgeschafft und der Preis für landwirtschaftliche Erzeugnisse soll in Zukunft nach den Gestehungskosten kalkuliert werden. Wer in der Sowjetunion noch vor einigen Jahren gewagt hätte, derartige Massnahmen vorzuschlagen, wäre als "Revisionist" oder noch schlimmeres beschimpft worden.

Die Welt horchte schon auf, als im Frühjahr dieses Jahres die Motoren- und Traktorenstationen aufgelöst und in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übergeleitet wurden. Das war im Gegensatz zur stalinistischen Ära eine Revolution auf dem Agrarsektor, doch glaubte niemand, dass die Sowjets in so kurzer Zeit den nächsten Schritt vollziehen würden. Bisher gingen die meisten Erzeugnisse der Kolchosen zu einem festgesetzten Mindestpreis in die Pflichtablieferung. Was darüber hinaus aufgebracht wurde, setzte man teilweise an die staatlichen Handelsorganisationen um und zahlte dafür mittlere Erzeugerpreise. Schliesslich bestand noch der sogenannte freie Kolchosenmarkt, auf dem die Produktionsgenossenschaften direkt zu Höchstpreisen an den Verbraucher verkauften. Das kommunistische Regime glaubte mit dieser Einteilung die Kolchosenbauern zur Erfüllung der Pläne anreizen zu können. Der Hemmschuh der Pflichtablieferung jedoch, die oft sogar die Leistungsfähigkeit der Kolchosen überstieg, konnte diesen Anreiz nicht voll zur Geltung kommen lassen. Die zähe und ausgedehnte Bürokratie auch in der Agrarwirtschaft erwies sich ebenfalls als Hemmschuh für die Entwicklung der Leistungsfähigkeit.

Durch die in der vergangenen Woche gefassten Beschlüsse des Zentralkomitees wird nach der Dezentralisierung der Industrie auch auf dem Agrarsektor ein Prozess eingeleitet, dessen politische und gesellschaftliche Auswirkungen noch nicht überschbar sind. Der ganze Vorgang ist eine der rätselhaften und für westliche Begriffe schwer erklärbaren Paradoxien des sowjetischen Lebens. Beim Bruch Titos mit Moskau spielte die jugoslawische Abweichung in der Landwirtschaftspolitik eine gewisse Rolle. Tito brach bewusst mit der theoretischen Agrarpolitik des Bolschewismus und förderte bei den jugoslawischen Bauern durch eine gewisse Freizügigkeit deren materielle Interessiertheit als Mittel der Produktionssteigerung. Tito wurde dafür des "Verrates an Sozialismus" bezichtigt und wird nach einer mehrjährigen Periode des Schweigens auch heute wieder als "Revisionist und Verräter" beschimpft.

Auch Gomulka hat nach der polnischen Oktoberrevolution den Bruch mit der bisher gültigen kommunistischen Landwirtschaftspolitik vollzogen. Er warnte sogar die Pflichtablieferung ein dem Sozialismus widerstrebendes Element. Gomulka ging noch einen Schritt weiter; er stellte es den polnischen Bauern frei, aus den Kolchosen auszutreten. Bisher wurde diese Agrarpolitik Gomulkas von den sowjetischen Theoretikern ebenfalls als "Revisionist" gebrandmarkt.

Chruschtschow hat vor kurzen den Völkern der Sowjetunion versprochen, man werde die westliche Welt in der Pro-Kopf-Erzeugung landwirtschaftlicher Güter bis 1960 überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er jetzt die kommunistischen Dogmen der Agrarwirtschaft über Bord geworfen.

Folgen der kopflosen Aufrüstung

Was ging im Bundeswehr-Lazarett Koblenz-Metternich vor, dem Lazarett der größten deutschen Garnisonstadt? Alle Mütter, deren Söhne bei der Bundeswehr dienen, haben ein Recht so zu fragen. Vor dem Arbeitsgericht war kürzlich eine Stationschwester beklagt, nachlässig gegenüber den Kranken gehandelt und gegen ärztliche Vorschriften verstoßen zu haben. Fallen solche Vorwürfe nicht auf die Ärzte zurück? Auf Ärzte, die im Zeugenstand selbst Mißstände zugeben mußten. Und die sich teilweise über eigene Handlungen an Patienten nicht mehr einig waren? Oder hatte im Schwung des Aufbaues der Bundeswehr die oberste Leitung einfach die Übersicht verloren?

"Schuld an allem ist die mangelnde Organisation", sagte die Schwester. Und dann packte sie aus, selbst auf die Gefahr hin, nie wieder eine Stelle zu bekommen oder wegen irgendwelcher Vorschriften über angeblichen Geheimnisverrat angeschuldigt zu werden:

Zur Zeit der Grippewelle wurden 385 Patienten von nur drei Schwestern betreut. Lediglich ungeschultes Sanitätspersonal half bei der Arbeit. Sechs Patienten hatten nur vier Gläser zum Kaffeetrinken. Sie schöpften den Kaffee mit den Gläsern aus einem gemeinsamen Topf und tranken abwechselnd.

Die Medikamentenschränke hatten keine Schlüssel. Jedermann konnte an die Schränke heran, auch an das Gift. Als Schlüssel endlich vorhanden waren, stellte es sich heraus, daß sie auch zu anderen Schränken paßten und umgekehrt.

Als nachts ein Unfall-Patient eingeliefert wurde, war noch nicht einmal eine Spritze greifbar.

Entgegen den Diätvorschriften wurden Patienten mit unverträglichen Speisen versorgt.

Eines Tages fand ein Patient in seiner Schonkost ein scharfkantiges Schraubengewinde. Er bemerkte das Gewinde erst, als er es schon im Munde hatte. Der Patient beschwerte sich. Vom Ergebnis der Beschwerde ist nie etwas bekannt geworden.

Ärztliche Anordnungen konnten nicht befolgt werden, weil es z.B. an Sonden fehlte.

Nur ein Inhaliertopf stand sowohl für Ob-Patienten als auch für andere zur Verfügung. Nach Gebrauch wurde der Topf mit Sand gescheuert und erst dann sterilisiert.

Ein schizophrener Patient konnte nach einer Spritze über den Balkon springen, um zu entweichen. Durch andere Patienten mußte er zurückgeholt werden. Nach der Grippeperiode war die Schwester so erschöpft, daß man sie in Urlaub schicken mußte.

Es gab auch, nachdem die Stationen verkleinert worden waren, noch ständig Reibereien zwischen der Schwester und den Stationsfeldwebeln. Die Kompetenzen wurden nie geklärt. Es gab lediglich eine schriftliche Dienstanweisung, die den Tatsachen nicht gerecht wurde.

Die Ärzte konnten sich meistens nicht darum kümmern, weil sie nie längere Zeit im Lazarett blieben. Innerhalb von sieben Monaten waren auf einer Station zwölf verschiedene Stationsärzte hintereinander beschäftigt. Fast ebenso oft wechselten die Stationsfeldwebel. Ein Vertrauensverhältnis konnte kaum entstehen. Das andere Sanitätspersonal wechselte noch häufiger.

Die Patienten lagen unordentlich und nicht ordnungsgemäß betreut in den Betten. Ärztliche Anordnungen gingen im Drang der Geschäfte unter.

Das sind Tatsachen, die erheblich zu denken geben. Die Entschuldigung, daß es sich um vorübergehende Mißstände handelte, die mit dem Aufbau des Lazaretts zusammenhängen, ist keine. Wären diese Mißstände in einem zivilen Krankenhaus aufgedeckt worden, hätte schon längst der Staatsanwalt eingegriffen.

Hoffen wir, daß sich nun manches ändert. Wenn für die Anforderung von 100 Verbandspäckchen 78 Unterschriften erforderlich sind, wie ein Stabsarzt sagte, dann stimmt doch etwas nicht!

Entnommen aus: "Die Freiheit" Mainz

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel